

OSTTIROL

Diskussion in Lienz: Den Wolf mit PR-Maschinerie bekämpfen

An die 280 Interessierte nahmen in Lienz an der Diskussion „Der Wolf im Alpenraum“ teil. Referent Franz Lanschützer aus Salzburg plädierte im Kampf gegen den Schutzstatus des Wolfes für PR-Maßnahmen.

Von Catharina Oblasser

Lienz – Unerwartet groß war der Andrang bei der Diskussion „Der Wolf im Alpenraum“ in der Lienzer Landwirtschaftlichen Lehranstalt. Eingeladen hatten Bauernbund und die bäuerliche Organisation „Forum Land“. Rund 280 Interessierte, viele davon selbst Landwirte, füllten den Saal bis an die Kapazitätsgrenzen. Franz Lanschützer von der Landwirtschaftskammer Salzburg und Georg Höllbacher vom österreichischen Bundesverband für Schafe und Ziegen referierten. Höllbacher zeichnet auch für das Herdenschutzprojekt mit Hunden in Kals verantwortlich, das die Erwartungen nicht erfüllte.



Im Saal der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Lienz reichte der Platz kaum aus, um die rund 280 Interessierten zu fassen. Fotos: Oblasser

Lanschützer machte in seinem Referat deutlich, dass ein konfliktfreies Nebeneinander von Wolf und Viehhaltern für ihn nicht möglich ist. „Wölfe vermehren sich sehr schnell. Ein Wolf frisst fünf Kilo Fleisch am Tag“, zeigte er auf. Die Tiere sind EU-weit streng geschützt und dürfen nicht geschossen werden. Wenn sich am Schutzstatus nichts ändert, sieht Lanschützer die Weidewirtschaft gefährdet. „Wie sollen Bauern ihre Tiere dann schützen?“ Auswirkungen hätte eine Vermehrung von Wölfen auch auf die Jagd, den Tourismus und die Freizeitwirtschaft.

Eine Gesetzesänderung, die das – zumindest fallweise – Töten von Wölfen erlaubt, führt nach Meinung des Referenten nur über die öffentliche Meinung. „80 Prozent der Bevölkerung sind für den Schutz des Wolfes. Die müssen wir geistig umdrehen.“ Denn erst wenn Wölfe auch für Freizeitsportler, Touristen und Erholungssuchende eine Gefahr werden, könne ein Umdenken einsetzen. „Wir müssen der Bevölkerung ein Problem machen“, meint Lanschützer. Dafür sollten Viehhalter und Bauernstand eine PR-Maschinerie in Gang setzen. Eine Diskussionsteilnehmerin schlug in die gleiche Kerbe: „Erst, wenn es den ersten Zwischenfall mit Wölfen und Spaziergängern gibt, wird ein Umdenken einsetzen.“

Georg Höllbacher, Leiter des Herdenschutzprojektes in Kals, verteidigt das Konzept des Projekts: „Ich bin kein Wolfsbefürworter. Aber bis wir die Tiere bejagen dürfen, sind sie weiterhin da.“

Bei der anschließenden Diskussion stellten sich unter anderem Landtagsabgeordneter Hermann Kuenz (ÖVP) und Landwirtschaftskammer-Obmann Konrad Kreuzer den Fragen aus dem Publikum. Beide sind sich einig, dass der Wolf in Osttirol keinen Platz hat. Kreuzer: „Unsere Stoßrichtung muss eine wolfsfreie Zone in den Alpen sein.“ Und Kuenz setzt nach: „Der Wolf würde die Osttiroler Almwirtschaft umbringen.“ Falls Schutzmaßnahmen für die Weidetiere nötig seien, so stelle sich die Frage nach der Finanzierung, meint Kuenz. „Das Landwirtschaftsbudget soll dafür jedenfalls nicht angezapft werden.“

Wolfsbefürworter fanden sich bei der Diskussion in Lienz nicht. Die Parole „Kein Platz für Wölfe“ blieb unwidersprochen.

Warum Herdenschutz mit Hunden in Kals scheiterte

Von 2014 bis 2017 lief in der Gemeinde Kals ein Pilotprojekt zum Herdenschutz, wie er schon länger in anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Dabei werden die Weidetiere von speziell ausgebildeten Schutzhunden bewacht und außerdem von Hirten begleitet. Das Vorhaben stand unter keinem guten Stern: Gleich im ersten Jahr wurde eine Wanderin von einem Herdenschutzhund gebissen. Das war nicht alles, wie Projektleiter Georg Höllbacher sich erinnert: „Es war kaum möglich, geeignete Hirten zu finden. Und die Hunde, die beim Herdenschutz zum Einsatz kommen, gibt es bei uns auch nicht.“ Ein weiteres Problem war die Größe der Schafherde mit mehr als 1000 Tieren, die überdies von unterschiedlichen Besitzern kamen und deshalb nicht aneinander gewöhnt waren. Dieser Stress habe dazu geführt, dass Schafe eher krank geworden seien. Für allfällige zukünftige Schutzprojekte müsse es klare rechtliche Rahmenbedingungen geben, meint Höllbacher. Auch die Finanzierung sei zu klären. (co)